

2.7.2020 - [Gesetzgebung Redaktionsmeldungen](#)

## Familienrecht in der Bundesratssitzung am 3.7.2020

Vor dem Hintergrund der Missbrauchsfälle in Lügde, Staufen und Münster ist eine [Debatte über das Strafmaß bei sexuellem Kindesmissbrauch](#) entbrannt. Daneben wurde vielfach die Frage aufgeworfen, ob und ggf. wie bestehende Kinderschutzverfahren verbessert werden können. Auch eine [Fortbildungspflicht für Familienrichter](#) wird immer wieder diskutiert. Das BMJV hat deshalb in dieser Woche ein [Reformpaket zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder](#) präsentiert. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat dem Bundestag außerdem einen [Gesetzesentwurf](#) zur Stärkung des Kinderschutzes im familiengerichtlichen Verfahren vorgelegt. Darin vorgesehen ist u. a. die Vorgabe der Eingangsqualifikation für Familienrichter. Die **Fortbildungspflicht für Richter** ist Gegenstand eines gesonderten [Gesetzesentwurfs](#) zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes. Auch werden in der 992. Bundesratssitzung, die morgen, am 3.7.2020 stattfindet, fünf Landesinitiativen zum Thema Kinderschutz vorgestellt.

## Schärfere Strafen und Änderung des FamFG

Die Landesregierungen Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen fordern unter anderem **schärfere Strafen** für Kindesmissbrauch und Kinderpornografie sowie eine **Einstufung des Tatbestands als Verbrechen**. Nordrhein-Westfalen hat einen entsprechenden [Gesetzesentwurf](#) in den Bundesrat eingebracht, der in der morgigen Sitzung beraten wird.

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat vor dem Hintergrund des Missbrauchsfalles in Staufen die „Kommission Kinderschutz“ eingesetzt. Diese hat im März 2020 ihren [Abschlussbericht](#) vorgestellt, in dem über 100 konkrete Einzelempfehlungen für Bund, Land und Kommunen erarbeitet wurden. Darin enthalten sind unter anderem Vorschläge zur **Änderung des FamFG**. Ein entsprechender [Gesetzesentwurf](#) zur Verbesserung des **Kinderschutzes im Familienverfahrensrecht** wird in der morgigen Sitzung vorgestellt und dann zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen. Im Anschluss wird über den Gesetzesentwurf abgestimmt.

### Zum Weiterlesen:

Aufsatz: „Die Aufarbeitung des Missbrauchsfalles von Staufen“ von Prof. Dr. Stefan *Heilmann* in FamRZ

2018, 1797 {[FamRZ-digital](#) | [FamRZ bei juris](#)}

Stellungnahme der Kinderrechtekommission des Deutschen Familiengerichtstages: „Die Richterschaft in der Familiengerichtsbarkeit – Plädoyer für eine Qualitätsoffensive –“ in FamRZ 2018, 666 {[FamRZ-digital](#) | [FamRZ bei juris](#)}

Erwiderung zur Stellungnahme der Kinderrechtekommission: „Die Richterschaft in der Familiengerichtsbarkeit – Plädoyer für eine Qualitätsoffensive“ von Johannes *Nolte* in FamRZ 2018, 1225 {[FamRZ-digital](#) | [FamRZ bei juris](#)}

Kritische Erwiderung zu Nolte: „Die Richterschaft in der Familiengerichtsbarkeit – Plädoyer für eine Qualitätsoffensive“ von Jost *Schenck* in FamRZ 2018, 1809 {[FamRZ-digital](#) | [FamRZ bei juris](#)}.

Aufsatz: „Generalisten vs. Spezialisten“ von Dr. Gudrun *Lies-Benachib* in FamRZ 2019, 427 {[FamRZ-digital](#) | [FamRZ bei juris](#)}